Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 84 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 3,75 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,34, vierteljährlich Mk. 4,30 außer Postgeld.

Morgen-Ausgabe — Sonnabend, 15. Februar

Anzeigenpreis: Einzige Inseraten je Zeile 30 Pfg., auswärtige je Zeile 40 Pfg. — Reklamezeile 1,25 Mk. Rabatt nach Tarif, jedoch nur bei verlustfreier Rate.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf tagsüber 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale.

Politische Debatte in der Nationalversammlung

Graf Brockdorf über die Richtlinien der äußeren Politik — Graf Posadowsky über das Programm der Regierung

Aufruf Hindenburgs zur Verteidigung der Ostmark

Weimar, 14. Februar.

Vizepräsident **Hausmann** eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 25 Min. Zunächst findet die Wahl des Präsidenten der Nationalversammlung statt. Von 334 abgegebenen Stimmen entfallen 295 auf den Zentrumsabgeordneten **Fehrenbach**, 32 sind ungültig, 7 zersplittert.

Fehrenbach erklärt, er nehme die Wahl an. Er werde bestrebt sein, mit strenger sachlicher Unparteilichkeit seines Amtes zu walten, aber auch die Ordnung und Würde des Hauses zu wahren.

Sodann findet die Wahl des Vizepräsidenten anstelle von Fehrenbach statt. Der sozialdemokratische Abgeordnete **Heinrich** Schulz-Ostpreußen wird mit 279 von 327 abgegebenen Stimmen zum Vizepräsidenten gewählt. 4 Stimmen sind zersplittert, 44 ungültig.

Darauf setzt das Haus die Besprechung der Regierungserklärung fort.

Graf Brockdorff-Rantzau

Reichsminister des Auswärtigen

Die Neubestätigung gibt mir Recht und Pflicht, Ihnen Rechenschaft abzulegen über die Grundlinien, nach denen ich die auswärtige Politik im Rahmen der allgemeinen Regierungspolitik zu führen gedenke. Ich kann die Aufgaben der deutschen Außenpolitik in zwei Gruppen zusammenfassen: die Beseitigung des Kriegszustandes und die Herstellung normaler Beziehungen zur Völkergemeinschaft. Leider hat Deutschlands freiwillige Entwaffnung die Feinde nicht milder gestimmt. Andauernd haben sie den Versuch gemacht, auf diesem Wege Fragen zu regeln, die unzweifelhaft zu den Gegenständen des Friedensschlusses gehören. Ich habe diesen Versuch zurückgewiesen und werde auch zukünftig solche Versuche zurückweisen. Wir sind im Begriff, die ganze bisherige Streitmacht aufzulösen und unser altes Friedensheer, das wir im Osten gut gebrauchen könnten, durch eine neue republikanische Truppe zu ersetzen. Deutschland hat die Folgen seiner Niederlage auf sich genommen und ist entschlossen, die Bedingungen zu halten, die es mit den Gegnern vereinbart hat. Diese Bedingungen bedeuten eine völlige Abkehr von den politischen Zielen des früheren Deutschland. Zur Beschränkung unserer Souveränität, der bindenden Unterwerfung unserer Differenzen mit anderen Staaten unter eine andere Schiedsgerichtsbarkeit und dem Verzicht auf eine Rüstung sind wir bereit, wenn unsere bisherigen Gegner und unsere künftigen Nachbarn sich den gleichen Beschränkungen unterwerfen. Wir erkennen an, daß die Stellung, die Deutschland auf den Haager Friedenskonferenzen in diesen grundlegenden Fragen angenommen hatte,

eine historische Schuld in sich trägt,

für die unser Volk jetzt büßen muß. Dieses Bekenntnis schließt aber keineswegs das Geständnis ein, daß Deutschland im Sinne feindlicher Behauptungen allein den Weltkrieg verschuldet habe. Wir halten deshalb an den Wilsonschen Grundsätzen fest, daß dem Sieger keine Kriegskosten zu bezahlen und keine Gebiete der Besiegten abgetreten sind. Wenn wir in dem von uns besetzt gewesenen Gebiet das Zerstörte wieder aufbauen, so wollen wir dies durch unsere freie Arbeit tun. Wir verwahren uns dagegen, daß man unsere Kriegsgefangenen solche Arbeit als Sklaven verrichten läßt. (Lebhafte Zustimmung.) Aus der Tatsache, daß unsere Gegner den Sieg zu einem überwältigend großen Teile nicht militärischer, sondern wirtschaftlicher Kriegführung verdanken, folgt, daß der Friede nicht nur ein politischer, sondern wesentlich auch ein wirtschaftlicher Friede sein muß. Wir dürfen daher annehmen, daß die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz von 1916 fallen gelassen werden. Eine auch nur zeitweilige Differenzierung Deutschlands auf dem Gebiete des Handels und Verkehrs wäre für uns unannehmbar. Allerdings müssen auch wir in der Handelspolitik umlernen. Das hängt zum Teil mit der einstigen bürokratischen Besetzung unseres auswärtigen Dienstes zusammen. Deshalb ist es mein Plan, erfahrene Praktiker mehr als bisher in den auswärtigen Dienst einzustellen. Den Anfang habe ich bereits gemacht. Die Freiheit des Handels setzt Freiheit der Meere voraus, die deshalb für Deutschland einer der wichtigsten Punkte des Wilsonprogramms ist. Wollte man Deutschland zwingen, ohne Handelsflotte in den Völkerbund einzutreten, so bedeutet das eine gewaltsame Umkehrung seiner wirtschaftlichen Entwicklung, die eine stetige Bedrohung des allgemeinen Friedens bedeuten würde. (Lebhafter Beifall.) Ebensowenig kann Deutschland ohne Kolonien in den Völkerbund eintreten. (Lebhafter Beifall.) Wir stimmen dem Gedanken einer internationalen Kontrolle über die Tropenkolonien unter der Voraussetzung zu, daß sich alle Kolonialmächte ihr unterwerfen, und daß Deutschland an der Verwaltung und den Erzeugnissen der Kolonien einen angemessenen Anteil erhält. Auf der anderen Seite müssen wir gefaßt sein, von dem eigentlichen Reichsgebiet wertvolle Teile zu verlieren. Das gilt vor allem von Elsaß-Lothringen. Dem Rechte der gegenwärtigen Bevölkerung Elsaß-Lothringens wird Genüge angetan, wenn jetzt die französische Okkupationsmacht das Land wie ein erobertes betrachtet und alle Elemente zertritt oder gefangen setzt, in denen sie ein Hindernis ihrer imperialistischen Pläne sieht, und wenn sie den natürlichen Anspruch eines Volkes auf seine Sprache durch gewaltsame Verdeutschung erstickt. (Lebhafte allseitige Zustimmung.) Aus der Tatsache, daß die Friedenskonferenz noch ihre Siegel nicht unter Elsaß-Lothringens Schicksal gedrückt hat, leiten wir die Befugnis her, für der Elsaß-Lothringer Recht einzutreten, daß ihre Stimme bei der Entscheidung über ihr Schicksal gehört wird. Der französische Plan, das preußische Saargebiet oder die bayerische Pfalz an Elsaß-Lothringen anzugliedern, bedeutet eine imperialistische Vergewaltigung, die genau so scharf verurteilt werden muß, wie frühere Absichten deutscher Chauvinisten auf das Becken von Longwy und Briey. Freilich hat Frankreich an jeder Schwächung Deutschlands politisches Interesse, solange beide große Nationen sich gegenseitig als Erbfeinde betrachten und deshalb bis an die Zähne bewaffnet einander gegenüberstehen. Die Friedenskonferenz wird die Aufgabe haben, Garantien zu schaffen, die einen solchen Zustand als sinnlos erscheinen lassen. Nur versuche man nicht, die Garantien darin zu finden, daß man Teile des Reichsgebietes loslöst, die zu seinen lebenswichtigen Gliedern gehören. Redner kommt sodann auf die Pläne der Errichtung einer rheinisch-westfälischen Republik und die Los von Berlin-Bewegung zu sprechen und erklärt dazu: Mag die Wiederherstellung der Meinlinie für den Augenblick vielleicht Vorteile versprechen, auf die Dauer wird eine

solche Trennung mit Sicherheit zum Untergang

staatlicher und wirtschaftlicher Selbständigkeit der getrennten Glieder führen. Ein einiges Reich ist Deutschlands natürlicher Lebensboden. Wir gedenken weder aus Schwelgern noch aus Niederländern Deutsche zu machen. Von den skandinavischen Völkern amüsieren wir nur die Sagen ihrer Vorzeit und die Dichter ihrer Gegenwart. Aber mit unseren österreichischen Brüdern hatten wir bis zum Zusammenbruch des römischen Reiches deutscher Nation die gleiche Geschichte. Wenn wir uns jetzt wieder zusammenfinden, so wissen wir, daß wir nur eine späte Korrektur an einem Fehler der Reichsgründung vornehmen, der die Friedenskonferenz ihre Sanktion gewiß nicht versagen wird. Schon jetzt dürfen wir Verwahrung einlegen gegen die Unbill, die Deutsch-Oesterreich von ehemaligen Reichsgenossen angetan wird. Redner kommt dann auf die Uebergriffe des tschechoslowakischen Staates gegen Deutsch-Oesterreich zu sprechen und legt scharfen Protest dagegen ein. Ueber die wirtschaftlichen Bedürfnisse des tschechoslowakischen Staates wird ruhig verhandelt werden können. Das neue Deutschland hat am Gedeihen des aufstrebenden Nachbarn ein gleichbedeutendes Interesse, wie dieser an Deutschlands wirtschaftlicher Gesundheit. Sind wir entschlossen, rings umher zugunsten deutscher Brüder das Recht der Nationalität geltend zu machen, so wollen wir das Recht auch da anerkennen, wo es sich gegen unsere Machtstellung wendet. Das gilt vor allem für das Wolf der Polen. Da es strittig ist, welches Gebiet unter den 13 Wilsonschen Programmpunkten fällt, so mag eine unparteiische Instanz darüber entscheiden. Bis dahin gehören diese Gebiete zum Reich. (Zustimmung.) Unser eigener Vorteil verlangt, daß die Haßatmosphäre, die augenblicklich die deutsch-polnischen Beziehungen vergiftet, noch vor Beginn der Friedensverhandlungen einer Luft des gegenseitigen Verständnisses weicht. Leider können wir nicht voraussehen, daß wir im polnischen Staate einen bequemen Nachbarn werden. Es muß und wird unser Bestreben sein, durch sorgfältige Prüfung der gemeinsamen Interessen und durch gegenseitige Schonung der nationalen Eigenart einen modus vivendi zu finden. Dazu gehört vor allem die Anerkennung des polnischen Rechtes auf gesicherten Verkehr mit der Ostsee. Das Problem kann durch vertragsmäßige Regelung der Weichselschiffahrt und durch Gesenbahn- und Hafenkonzessionen gelöst werden, ohne daß die Reichseinheit über unveräußerliches westpreußisches Gebiet angetastet zu werden braucht. Auch gegen eine Stellung dieser Rechte, wie überhaupt der polnischen Selbständigkeit unter internationale Garantien hätte Deutschland nichts einzuwenden, so lange darin keine Spitze gegen einen bestimmten Nachbarn enthalten ist. Was den deutschen Polen recht ist, ist den deutschen Dänen billig. Nach der Entwicklung, die die Dinge genommen haben, hoffe ich, daß an unserer Nordgrenze ein Vorbild geschaffen wird, wie in freier Verständigung, in redlichem Ausgleich langjähriger Völkerzwist zu aufrichtiger dauernder Völkerversöhnung geführt wird. (Beifall.)

Nur die eine Bedingung wäre zu stellen, daß auch Rußland das Selbstbestimmungsrecht der Völker annimmt. Der Völkerbund würde aber ein Korso bleiben, wenn nicht auch die Neutralen zugezogen würden. Man wird sie um so weniger ausschließen wollen, als man ihnen vielfach zu großem Danke verpflichtet ist für die Leistungen und Opfer, die diese zugunsten Angehöriger der Kriegsparteien auf sich nahmen. Ich benutze die Gelegenheit, den Tell der Dankesschuld, der auf Deutschland entfällt, im Namen des ganzen deutschen Volkes freudig anzuerkennen, und bin dabei der Zustimmung der deutschen Nationalversammlung gewiß. (Lebhafte Zustimmung.) Ich denke besonders an die hervorragenden, unvergeßlichen Dienste, die Volk und Regierung in Dänemark, Schweden, den Niederlanden, Spanien und der Schweiz den deutschen Internierten und Gefangenen geleistet haben, und der freundlichen Aufnahme, die dort viele unserer Kinder und Kranken während des Krieges finden durften. (Lebhafte Zustimmung.) Das Vertrauen, das ich von Ihnen erbitte, wird nicht beeinträchtigt werden durch den Namen, den ich von meinem Vorfahren übernommen habe. Ich hoffe, Ihnen zu beweisen, daß man zugleich Graf und überzeugter Demokrat sein kann.

Diese Nationalversammlung muß die entscheidenden Beschlüsse darüber fassen, wie Deutschland den Weltkrieg beenden soll. Der Krieg, der Ihre Debatte leitet, wird für die Frage entscheidend sein, ob die Sieger das deutsche Volk als gleichberechtigt anerkennen, oder ob sie ihm Bedingungen zumuten, welche es zwingen würden, lieber die äußersten Folgen zu ertragen, als sich diesen Bedingungen zu unterwerfen. Gewiß, wir haben nach innen und außen manches gut zu machen, besonders gegenüber Belgien, und eben deshalb haben wir keinen Anlaß, hochfahrende Worte zu führen. Aber wir haben auch unveräußerliche, wertvolle innere und äußere Güter zu verteidigen, deshalb die Verpflichtung, unsere Eigenart und Selbständigkeit auch dem Sieger gegenüber zu behaupten. (Lebhafte Zustimmung.) Wir sind bereit, aber nicht entsetzt. Zu einem Teil ist das deutsche Volk Würde in meine Hand gegeben. Ich gelobe, daß ich sie bewahren will. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Abg. **Keil** (Soz.): Es war ein großes Glück für das deutsche Volk, daß im Augenblick des katastrophalen Zusammenbruches eine starke sozialdemokratische Partei vorhanden war. Denn sonst wäre das Chaos die unausbleibliche Folge gewesen. So hat sich die Sozialdemokratie als die staatserhaltende Partei (!!) erwiesen, die den Staat vor dem Sturz in den Abgrund gerettet hat. Die Partei ist bereit, mit den Parteien, die sich aufrichtig auf den Boden der demokratischen Republik stellen, gemeinsam zu arbeiten. Mit Entrüstung lehnen wir die Kampfmethoden ab, die in den letzten Wochen zu blutigen Straßenkämpfen geführt haben. Zwei konkurrierende Zentralgewalten sind im Deutschen Reiche nicht möglich. Darum ist der Antrag, der den R.- und S.-Räten ein Veto-recht gegen die Beschlüsse der Nationalversammlung einräumen will, für uns unannehmbar. Auch wir Sozialdemokraten heißen die Deutsch-Oesterreicher willkommen. Eine starke Zentralgewalt war nie notwendiger, als heute. Der Siegesübermut der Feinde droht uns mit Zerstückelung. Dagegen bäumen wir uns auf. Was deutsch ist, soll deutsch bleiben, im

Der Aufruf Hindenburgs

Berlin, 14. Februar.

Amtlich wird gemeldet:

„Nachdem der Grenzschutz Ost der Obersten Heeresleitung übertragen worden ist, habe ich mit dem heutigen Tage mein Hauptquartier nach dem Osten verlegt. Als ich im August 1914, zum Oberbefehlshaber der 8. Armee ernannt, im Osten eintraf, standen mir schwere Aufgaben bevor. Dank der Vortrefflichkeit von Führer und Truppen gelang es bei Tannenberg und den Masurischen Seen, unsere Ostmarken vor dem feindlichen Einfall zu bewahren. Wenn ich heute nochmals nach dem Osten zurückkehre, um dort im Auftrage der Reichsregierung das Kommando zu führen, so erfüllt mich schwere Sorge um die Zukunft unseres Vaterlandes. Nicht weil wir, von der Uebermacht unserer Feinde und der Hungerblockade erdrückt, um Frieden bitten mußten, sondern weil ich unser Volk in sich zerrüttet und erschlafft im Wollen sehe. Viele stehen abseits und haben mit der Freude am Vaterlande auch jeden Opfersinn verloren. Wohin soll uns dieser Zustand führen? Wir müssen hindurch. Entschlossen an die Arbeit zum besten des Vaterlandes! Dazu gehört in erster Linie, daß wir eins sind in der Liebe zur Heimat und den alten deutschen Boden schirmen vor dem neuen Feinde, dem Bolschewismus, der die Kulturwelt bedroht. Ihr Freiwilligen und jungen Kameraden, die Ihr zum Schutze der Ostmarken Euer Leben einzusetzen entschlossen seid, denkt an die Getreuen vom Jahre 1914! Und Ihr, meine alten Kameraden und Mitkämpfer von Tannenberg und den Masurischen Seen, eilt herbei, um mir zu helfen! Mein Appell an Deutschlands Söhne darf nicht ungehört verhallen. Welchen Stammes Ihr seid, ob Bayern, Sachsen, Schwaben oder Preußen, welcher Partei Ihr angehört, wir sind alle Deutsche! Vergeßt, was uns trennen könnte. Findet Euch wieder zusammen in Liebe zur Heimat, in Selbstzucht, Disziplin und Vertrauen zu Euren Führern!

von Hindenburg."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191902151-19/fragment/page=0001

Ost und West. Im Namen der Menschlichkeit erheben wir Einspruch gegen die Fortdauer der Hungerblockade und fordern die Auslieferung der Kriegsgefangenen. Wir sind stets gute Internationalisten gewesen. Das hindert uns nicht, auch gute Deutsche zu sein. Daher wehren wir uns gegen alle Schmach und fordern volle Gerechtigkeit. Wir haben die Freiheit im Innern errungen und lassen uns von Fremden nicht knechten.

Nach dem Weltkrieg der Volksmassen mußten Fragen der sozialen Befreiung der Arbeiterschaft international entschieden werden. Es würde zum Nachteil sozial gewissenhafterer und fortgeschrittenerer Nationen ausschlagen, wenn es den Ausbeutern menschlicher Arbeitskraft freistände, den ungerechten Vorteil ihrer niedrigeren Produktionskosten zur Ausschaltung ihrer Mitbewerber auszunutzen. Aber das Ziel, das hier verfolgt wird, ist nicht nur materieller, es ist ehrerer Natur. Ihm liegt der große Gedanke zugrunde, die allen Menschen gemeinsame Aufgabe, das Leben innerlich reicher und vollkommener zu gestalten und nicht inmitten gesteigerter Zivilisation zu Maschinenteilen des Produktionsprozesses herabzusinken. Es handelt sich um friedliche Verständigung über den Weg, den die soziale Entwicklung nehmen soll.

Der Gedanke sozialer Befreiung

ist nirgends mehr zu Hause als in Deutschland. Das legt uns die vornehme Pflicht auf, Frieden nicht zu schließen ohne den Versuch, unser soziales Programm international zu sichern. Es wäre eine Verleugnung unseres sozialen Geistes, daß die Friedensverträge, die Deutschland mit den Ostmächten schloß, rein kapitalistischen Charakter trugen. Die deutsche Regierung ist entschlossen, sich bei den Vorschlägen für die Friedensbestimmungen über Arbeiterrecht, Arbeiterschutz, Arbeiterversicherung wesentlich auf den Boden der Beschlüsse der bekannten Konferenzen in Leede und Bern zu stellen. Vom kommenden Frieden erwarten wir, daß er der Welt in dem von Wilson verkündeten Völkerbund eine feste Organisation schafft. Deutschland ist entschlossen, an der Ausgestaltung des Bundes rückhaltlos mitzuarbeiten, obwohl die anderen uns nur mit tiefem Mißtrauen gegenüber stehen. Dieses Mißtrauen müssen wir durch Beweise aufrichtiger Friedensliebe überwinden. Ein solcher Beweis wird zunächst in unserer entschlossenen Abkehr von jeder Rüstungspolitik liegen. Denn eine Außenpolitik, die sich auf überlegene Waffenmacht stützt, ist zwar eine bequeme, aber meist eine schlechte und unfruchtbare Politik. Von mir jedenfalls werden Sie nur eine solche Führung der Reichsgeschäfte erwarten dürfen, die nicht alle Augenblicke ans Schwert schlägt, um ihre Absichten durchzusetzen, sondern den Gegner davon überzeugt, daß es sein eigenes Interesse ist, auf unsere Absichten einzugehen. Mit der äußeren Abrüstung muß die geistige Abrüstung Hand in Hand gehen. Alle Differenzen rechtlichen Charakters, die zwischen uns und einem anderen Volke auftauchen, müssen wir in versöhnlichem Geiste behandeln, und wenn sie diplomatisch nicht zu lösbichen sind, dem Urteil eines Schiedsgerichts unterbreiten. Daneben werden wir uns angelegen sein lassen, internationale Einrichtungen zur Vermittlung und Einigung auszubauen.

Der Völkerbund

bedarf auch gewisser Zwangsmittel, um seine Beschlüsse zu vollstrecken. Der damit verbundene Verzicht auf einen erheblichen Teil seiner Souveränität kann einem freien Volke nur zugemutet werden, wenn es an der Exekutive beteiligt ist. In einen Völkerbund, bei dem wir ausschließlich Objekt der Exekutive sein würden, werden wir nicht eintreten können. Trotz mancher Schwierigkeiten gebe ich die Hoffnung nicht auf, daß die durch den Weltkrieg gemarterte Menschheit diese neue bessere Regelung des Völkerverkehrs als Frucht ihrer Opfer und Leiden davontragen wird. Dann wird es möglich sein, daß der Haß allmählich wieder der Achtung Platz macht, ohne die kein menschlicher Verkehr bestehen kann. Das gilt nicht nur für die feindlichen Nationen im Westen, sondern auch vom Nachbar im Osten, mit dem wir jetzt ohne Vertrag und diplomatische Beziehungen in tatsächlichem Kriegszustande leben. Die russische Sowjetrepublik hat der Entente erklärt, sich mit ihr in Verhandlungen auf der Grundlage einlassen zu wollen, daß sie die bolschewistische Propaganda bei anderen Völkern einstellt, dafür aber die politischen Verhältnisse Rußlands ohne fremde Einmischung regelt. Was Deutschland anlangt, sehe ich kein Bedenken, auf dieser Grundlage eine Verständigung mit Rußland anzustreben.

Darauf nahm der deutschnationale Abgeordnete

Graf von Posadowsky

das Wort zu folgenden Ausführungen:

Wir stehen in einer Zeit der schwersten Not des Vaterlandes. Unsere staatliche Ordnung ist schwer gefährdet und wird weiter gefährdet. Unser Wirtschaftsleben liegt darnieder. Die Finanzen sind in einer äußerst bedenklichen Lage. Unsere Ernährung ist bedroht. Auf unserem westlichen Gebiete steht der Feind, und im Osten tobt der Aufruhr. Die Forderungen der Feinde an uns lassen Menschlichkeit und Gerechtigkeit vermissen. Da kann es nur die Aufgabe aller Parteien des Hauses sein, das bedrohte Vaterland aus dieser Not zu erretten, und dazu gehört ein großes Maß von Opfermut und politischer Selbstverleugnung.

Man spricht hier immer von dem erledigten dynastischen oder Obrigkeitsstaat, man spricht von dem Zusammenbruch einer Gewaltherrschaft. In Wirklichkeit bestand in Deutschland das freieste Wahlrecht der Welt. (Zurufe: Preußen!) Daß man in Preußen das Dreiklassenwahlrechtsystem als unhaltbar nicht schon früher beseitigte, habe ich wiederholt öffentlich als einen jämmerlichen politischen Fehler erklärt. Wir hatten in Deutschland eine mustergültige Rechtspflege, wir hatten ein musterhaftes Schulwesen von der Volksschule bis zur Universität. (Stürkerer Widerspruch bei den Soz. und U. S. P.) Wir hatten ein durchaus freiheitliches Vereins- und Versammlungsrecht. Man spricht

von einer Junkerherrschaft

Ebert hat mir das Privatissimum, um das ich ihn in einer der letzten Sitzungen des Reichstags bat, immer noch nicht darüber gelesen. (Heiterkeit.) Auch das „Freie Volk dem Tüchtigen" ist nur ein Schlagwort und nur eine Wiederholung von 1789. Wenn Sie die Lebensläufe unserer höchsten Staatsbeamten durchgehen, so werden Sie finden, aus welch bescheidenen Verhältnissen sie zum großen Teil hervorgegangen sind. Es gab auch in keinem Lande der Welt eine so ausgezeichnete Schulbildung und deshalb eine so stark aufsteigende Klassenbewegung wie in Deutschland. Gegenüber der jetzt üblichen Herabsetzung des alten Staates möchte ich mich auf einen unverdächtigen Zeugen berufen, nämlich den Präsidenten Wilson, der als Professor einmal gesagt hat, Preußen sei mit Erfolg bestrebt gewesen, sich eine größere Vollkommenheit der Verwaltungsorgane zu geben als irgend ein anderer Staat Europas. Gewiß hat es im alten Staate in einzelnen Fällen ein gewisses Konnexionswesen gegeben, aber es ist eine menschliche Schwäche und wohl in keinem Staate so ausgebildet wie in dem republikanischen Frankreich. (Sehr richtig! rechts.) Jedenfalls, wenn wir die inneren Verhältnisse unseres Landes mit denen in anderen Staaten vergleichen, so hat das alte Preußen und Deutschland noch immer glänzend abgeschnitten (Beifall rechts), während wir jetzt unter der Kontrolle der A.- und S.-Räte schon zu einer vollkommenen Desorganisation gekommen sind. Wenn wir den Krieg verloren haben, so sind wir nicht militärisch besiegt worden, sondern technisch, finanziell und wirtschaftlich, nicht zum wenigsten durch die Erschöpfung unseres Volkes infolge der Unterernährung. Wenn die Gedanken aus leerem Magen ins Gehirn steigen, so tritt leicht eine geistige Verwirrung ein.

Nach der Entlassung Bismarcks sind wir in eine Weltpolitik hineingetrieben worden, und zwar leider in eine vollkommen verfehlte, weil ihre Grundlagen, die Flottenpolitik und Kolonialpolitik, verkehrten und verlogen mußten. Es ist eine bewußte Lüge, wenn unsere Gegner fortgesetzt behaupten, Deutschland habe den Krieg gewollt. Rußland mit dem Panslawismus und vordem mit dem Nihilismus und England, das wegen der Ueberseefrage vor dem Bürgerkrieg stand, haben den Krieg gewollt. Wir hören jetzt viel von Freiheit und Gleichheit. Dabei werden beiderseits die bestehenden Gesetze verletzt. Die Verbrechen nehmen in erschreckender Weise zu. (Zuruf bei den Soz.: Kinderkrankheiten!) Aber das dauert nun schon drei Monate. Ich möchte die Regierung ersuchen, hierfür einen tüchtigen Arzt zu suchen. (Zuruf der Unabhängigen: Noske!) Die Verwaltung stellt man unter Aufsicht von Personen, denen alle Vorkenntnisse fehlen. Daß trotzdem die Beamten weiterarbeiten, ist ein Zeichen der alten deutschen Beamtentreue. (Beifall rechts.) Wenn selbst die Lebensmittelvorräte nur noch sehr kurze Zeit reichen, so ist die Revolution zum großen Teile daran schuld. (Lauter Widerspruch links.) Auch

die Zustände in der Ostmark

wurden erst durch die revolutionären Vorgänge möglich, die uns diese Kornkammer verschlossen hat. (Sehr richtig! rechts.) Die unsinnigen Lohnsteigerungen haben unsere Valuta entwertet. Die Vergesellschaftung darf nicht um politischer Vorteile willen vorgenommen werden. Wenn man das Kapital verschleudert, dann ist die Wiederbelebung der Produktion unmöglich. Dann würden wir zu dem von Eugen Richter prophezeiten Zuchthausstaate kommen. (Unruhe bei den Soz.) Der Redner geht weiter auf die Trennung von Staat und Kirche ein und verliest zur Frage der Monarchie eine Erklärung seiner Freunde, in der es heißt: Wir sind treu überzeugte Diener unseres Herrscherhauses gewesen. Nach dem Umsturz der Verhältnisse werden wir uns nicht der vaterländischen Pflicht entziehen, treu an dem Wiederaufbau des Reiches auch unter der neuen Regierung mitzuarbeiten.

Den gewaltsamen Umsturz haben wir immer bekämpft und wir sind nach wie vor der Ueberzeugung, daß die

Monarchie für Deutschland die beste Staatsform

ist. (Lebhafter Beifall rechts.) Wir erwarten alles von der gesetzmäßigen Entwicklung, eine Nebenregierung der Räte ist unmöglich. Die Regierung muß sich auf ein Heer stützen können, in dem Manneszucht herrscht, und die Autorität der Offiziere wieder hergestellt wird. Wir wollen wissen, welches Heeresgut bei Kriegsende vorhanden war, und wo es geblieben ist. (Sehr gut, rechts!) Auch über die Einkünfte der verschiedenen Räte muß Klarheit geschaffen werden. Wir treten ein für eine kräftige Siedlungspolitik, für eine Förderung des Mittelstandes und der Beamtenschaft. Der preußische Staat muß in seinem Bestand erhalten bleiben. Wir protestieren gegen seine Zerschlagung. (Beifall rechts.) Der sogenannte Waffenstillstand ist in Wirklichkeit das Vorspiel eines Gewaltfriedens. (Beifall rechts.) Die Erklärungen des Staatssekretärs Erzberger befriedigen uns nicht. Wir werden bei anderer Gelegenheit die Frage prüfen, ob unsere Unterhändler der Aufgabe gewachsen waren. Auch nehmen wir zur Ehre der holländischen Regierung an, daß sie sich der

ehrverletzenden Forderung einer Auslieferung des Kaisers

niemals fügen wird. Ich hoffe, daß sich für die Beratung der Reichsverfassung ein gewisses Einvernehmen der bürgerlichen Parteien wird erzielen lassen, und daß es unserem Volke gelinge, sich aus der jetzigen schweren Zeit wieder aufzurichten. (Lebhafter Beifall rechts.)

Hierauf wird die Verhandlung abgebrochen. Präsident Fehrenbach schlägt vor, folgende Fachausschüsse wieder einzusetzen: Den Ausschuß für den Reichshaushalt mit 28, für die Wahlprüfungen mit 14, für die Geschäftsordnung mit 21, für die allgemeinen Rechnungen mit 14, für Handel und Gewerbe und für soziale Angelegenheiten mit je 28 Mitgliedern. Das Haus stimmt zu.

Es ist eine Interpellation Heinze (D. Vp.), welche die unverzügliche Vorlegung einer Denkschrift über die von unseren Unterhändlern in der Waffenstillstandskommission getroffenen Abmachungen, u. a. bezüglich der Auslieferung der deutschen Handelsflotte ohne Befragung von Sachverständigen verlangt und Auskunft fordert, ob die Regierung die Verantwortung für die getroffenen Abmachungen übernehmen bzw. Verbindungen, daß die Wiederkehr dieses Vorganges verhindert wird, treffen will.

Schluß nach 7 Uhr.

Nächste Sitzung Sonnabend 2 Uhr. Interpellation Heinze; Fortsetzung der Besprechungen der Erklärung der Reichsregierung in Verbindung mit der ersten und evtl. zweiten Beratung eines Teilnachtrages zum Reichshaushaltsetat für 1918.

Duisburg unter belgischem Schutz

Duisburg, 14. Februar.

In der vergangenen Nacht rückten hier auf Anordnung des belgischen Abschnittkommandeurs infolge der Vorkommnisse am Mittwoch belgische Truppen mit Maschinengewehren ein, um weitere Unruhen zu verhüten. Es ist eine Kompagnie eingerückt, der zwei weitere folgen sollen. Die Truppen kamen gerade vor dem Rathaus an, als dort drei Hamburger Spartakistenführer vorgefahren waren, um vom Oberbürgermeister die Herausgabe von 50 beschlagnahmten Gewehren zu erzwingen. Die Belgier hielten das Auto an. Die Spartakisten versuchten zu entkommen und eine Handgranate gegen die belgischen Truppen zu werfen, was jedoch vereitelt wurde. Die drei Spartakusleute wurden so schwer verletzt, daß sie in das Krankenhaus gebracht werden mußten. Die Belgier besetzten zum Schutze der Verwaltung das Rathaus.

Deutschnationale Anträge

Weimar, 14. Februar.

Der Nationalversammlung gingen drei Anträge von Arnstadt (Deutschnational) zu. Der erste Antrag verlangt, die Reichsregierung möge aufs schärfste den Annexionsgelüsten nationalistischer Kreise Dänemarks hinsichtlich der deutschen Nordmark entgegentreten. Der zweite Antrag betrifft die Vorlegung der Verordnung über Siedlungen zur Sanktionierung durch die Nationalversammlung, sowie die Vorbereitung umfassender Wohnungsgesetzgebung. Schließlich fordert der dritte Antrag einen Gesetzentwurf betreffend Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Copyright 1918 by Philipp Reclam jun., Leipzig. Nachdruck verboten

Das Licht im Sumpf

60] Roman von Luise Westkirch

Im gleichen Augenblick kam eine Stimme durch die Nacht.

„Was tust dr, Vorsteher?"

Da raubte wahnsinniges Entsetzen dem Mann jede Besinnung. In weitem Satz warf er sich zurück vor der Stimme, zurück vor dem Licht, glitt aus, taumelte und stürzte rücklings mit dem Kopf voran in den leise aufplatschenden Sumpf.

Er fühlte seinen Oberkörper einsacken in den weichen Brei, seine flammernden Hände griffen Luft, griffen Schlamm. Nur sein einer Fuß hing noch auf einem Stückchen festen Grundes, aber umsonst suchte Nedderbrink sich damit festzuhalten. Einen einzigen langen, furchtbaren Schrei stieß er aus — dann schloß der schwarze Schlamm ihm den Mund.

Wie ein Pfeil flog der junge Tater, der ihn angerufen hatte, herzu, bückte sich und griff nach der Fußspitze, die allein noch hervorragte. Da legte sich hemmend die Hand seines Vaters ihm auf den Arm.

„Wo die Erde den Mund auftut, Menschens einzuslingen, darfst ihr nich wehren! — Weffeen ihr wehrt, der is ihr verfallen. An irgendein Tag wird sie ihn holen."

Da ließ der junge Tater ab. Der nackte Fuß versank. Am Sumpfrand zerfloß das Irrlicht. Ein paar Luftblasen quollen mit leisem Gurgeln zur Oberfläche.

Die Tatern neigten sich nach Osten und nach Westen.

„Große Moorfrau, du hast dein Speise. Einen Weißen! Einen Blonden! — Sei uns arme, braune Moorkinders gnädig."

Das Schaf, das sie Kolonist Vollmer gestohlen hatten, auf die Schulter schwingend, glitten sie eilig hinaus ins wilde Moor, ihren Erdhütten zu.

Kort Nedderbrinks Todesschrei hatte Gesche Wittkopp aus dem Schlaf geschreckt. Sie rüttelte ihren Gast wach.

„Pieske! Steh auf. Das is mich so, als rief ein um Hilfe."

Brummend gehorchte der einstige Schulmeister. Sie traten vor die Tür, lauschten in die Stille, riefen laut in die Weite. Kein Gegenruf kam. Kein Laut war vernehmbar. Der Mond ging in Dünsten unter. Flockige Wolken schoben sich im Westen über die Sterne und matt nur glimmte noch Gesches Feuer.

Pieske kroch verdrießlich wieder in sein Bett. Auch Gesche ging ins Haus zurück. Aber sie schlief nicht mehr.

Sobald der Sonnenball über den Moorrand stieg, trat sie vor die Tür und hielt, die Hand über den Augen, scharfe Umschau. Bei der einsamen Birke fiel ihr eine Erhöhung auf, ein dunkler, winziger Hügel, der gestern nicht vorhanden gewesen war. Etwas daneben blinkerte in mattem Silberglanz. Gesche band ihr schwarzes Kopftuch fester und ging auer über die federnden Heidekrautbüsche zum Birkenbaum. Dort war ein kleiner Hügel von ausgeworfener Moorerde, und in der offenen Grube daneben schimmerte etwas wie ein bläulicher Zeugfetzen. Und das Blinkende neben dem Hügel — war das nicht Vorsteher Nedderbrinks Zinkkrug? — Und der Spaten mit dem eingeritzten N auf dem Griff, war das nicht Vorsteher Nedderbrinks Spaten? — Der Abdruck eines nackten Fußes stand im weichen Moorboden wie eingeprekt, nur eines Fußes. Der andere war geglitten. Sein Hacken hatte eine tiefe Spur eingeritzen in den schwarzen Grund. Und in gerader Linie hinter dieser Gleitspur war das Flockengras, das den Sumpf umsäumte, in der Breite von einem halben Meter zerknickt, in die Tiefe gerissen.

Die alte Frau schlug die Hände zusammen vor Entsetzen. So schnell wie ihre Füße sie trugen, rannte sie zu ihrer Hütte zurück.

„Pieske, komm flink und sieh dies an!"

Der Korbflechter besah die Grube, das Brett, den Spaten, den Zinnkrug und rieb bestürzt seinen Stoppelbart.

„Das sieht slimm aus. Komm, Gesche, wir wollen gleich nach'n Jansenhof un zusehen, wo Nedderbrink is."

Auf dem Hof suchten sie schon nach dem Bauern. Er wäre gestern spät abends heimgekommen, erzählte Gretchen. In der Nacht müsse er wieder fortgegangen sein, niemand wisse wohin.

„Denn komm du mal mit," sagte Pieske zu Eva.

Was auf dem Hof an Menschen lebte, schloß sich an. Von den anderen Höfen kamen sie eilig herbei, standen, die Köpfe schüttelnd, stumm und bedrückt. Allen erzählte die Grube, das Grabscheit, das Brett, der Zinnkrug und die Fußspur im Moorgrund ungefähr dieselbe, unheimliche Geschichte.

Eva sprach zuerst, blaß und wie erstarrt in Bitterkeit.

„Mir scheint, die Grube is ein Grab. Mir scheint, es is Hemmo Clüver sein Grab. Nimm den Spaten, Pieske, un grab bis zum Grund."

Sie brauchten sich nicht lange zu bemühen. Beim vierten Spatenstich schon stießen sie auf einen Pfeifenkopf. Und da war keiner, der nicht das Bild der schönen Türkin drauf kannte und wußte, daß Hemmo Clüver aus diesem Pfeifenkopf geraucht hatte.

„Damit daß Hemmo Clüver nich einheiraten soll' auf den Jansenhof, damit daß der Hof in sein Händens blieb — da um hat Nedderbrink ihn dotgeslagen," sagte Eva erbarmungslos. „Un weil das Irrlicht, das auf sein Grab tanzt, sein Untat offenbaren wollt', da um dacht' er den Toten wegzuschaffen. Dabei hat Gottes Gericht ihn getroffen."

Gesche faltete die Hände. „Das Irrlicht, ja. Abend für Abend hat Nedderbrink gestanden, da auf zu lauern — kann sein, das Irrlicht hat ihn in den Tod geschreckt."

(Schluß folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191902151-19/fragment/page=0002

Preußens Regierungsbildung

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Berlin, 14. Februar.

Wie wir hören, findet am 17. Februar in Weimar eine wichtige Sitzung des preußischen Kabinetts statt. Auf der Tagesordnung stehen vor allem der Zusammentritt der kommenden preußischen Landesversammlung, die neue preußische Verfassung und die Neuordnung der Wahlen zu den Kreistagen.

Der Entwurf der neuen preußischen Verfassung ist im Ministerium des Innern ausgearbeitet worden und wird nach der Verabschiedung durch das Kabinett zunächst dem Zentralrat zugehen, bevor er in der Landesversammlung eingebracht werden kann.

Die Tagung, die bekanntlich am 4. März beginnen soll, soll wenige Tage umfassen und der Konstituierung der neuen Regierung gelten. Die Verfassung soll erst beraten werden.

*

Der Lebensmittelspeicher Deutschlands

Kopenhagen, 14. Februar.

Wie berichtet, hat der amerikanische Lebensmittelminister Hoover den Vorschlag seines Abgesandten Svensson, Kopenhagen als Stapelplatz für Lebensmittel zu wählen, die Amerika nach Deutschland, Finnland und Polen senden wird, angenommen. Der größte Teil der Waren soll im Freihafen Kopenhagens eingebracht werden.

*

Die Wahlen des Ostheeres

Königsberg, 14. Februar.

Bei der Wahl im besetzten Gebiet hat sich der größte Teil der Truppen der Wahl enthalten, weil sie zum Teil gerade im Abtransport begriffen waren und die Truppen der Heeresgruppe Litauen und der Etappeninspektion Bug aus kameradschaftlichen Gründen ebenfalls nicht zur Wahl schreiten wollten. Das Ergebnis der Wahl ist: Sozialdemokratische Partei 7804, Unabhängige Sozialdemokraten 1945, Demokraten 1681, parteilose 1989, Deutschnationale 62, Deutsche Volkspartei 74, Christlich-Volkspartei 43, ungültig 390. Gewählt sind die 2 Kandidaten der sozialdemokratischen Partei.

*

Oesterreichs Schulden

Wien, 14. Februar.

Für Oesterreich betrugen die Schulden vor dem Kriege 53 Millionen Kronen, für Ungarn beliefen sich die Schulden vor dem Kriege auf 7080, die Kriegsschulden auf 83 091, die anderen Verbindlichkeiten auf 1820 Millionen Kronen, sonach betrugen die gesamten Schulden 126946 Millionen Kronen.

*

Auch England beansprucht Kriegskosten

London, 13. Februar. (Reuter.)

Im Unterhause erklärte Bonar Law auf eine Reihe von Fragen bezüglich der Zurückerstattung der Kriegskosten, die britischen Delegierten seien endgiltig angewiesen, eine Entschädigung zu fordern, die sowohl die Kriegskosten als auch den tatsächlichen angerichteten Schaden umfasse.

Kleine Nachrichten

„Die Schuldigen". Ein Mahnwort an alle, die nicht aufwachen wollen, Preußen und Deutsche zu sein". Unter diesem Titel hat der als politischer Redner und Schriftsteller rühmlichst bekannte Generalsekretär Richard Kunze eine Flugschrift erscheinen lassen, die bereits eine Auflage von 200 000 erreicht hat. In überaus packender Weise und mit zwingender Logik legt der Verfasser nach, wo in Wirklichkeit die Schuldigen an unsere gegenwärtige entsetzliche Lage und alles noch kommende Unheil zu suchen sind. Die kleine Schrift, die von verschiedenen Seiten als das Beste geschildert wird, was bisher auf diesem Gebiete erschienen ist, sollte in Millionen von Exemplaren verbreitet werden, da der Ausfall der Wahlen beweist, daß eine Besserung unserer furchtbaren Zustände nur dann erreicht werden kann, wenn unser Volk endlich von denjenigen abwendet, denen es alles Unheil verdankt. Die weiteste Verbreitung dieser ausgezeichneten Schrift gehört unzweifelhaft zu den notwendigsten Vorbereitungen für alle bevorstehenden Wahlen. Die Flugschrift ist zum Einzelpreis von 30 Pfg., oder bei größeren Bestellungen zu ermäßigten Preise von 20 Pfg. durch den Schriftenvertrieb der Deutschnationalen Volkspartei, Berlin S. 11, Bernburgerstraße 24, zu beziehen.

Der Kaiserwinterkurs. Oliva ist gestern von den Bolschewisten besetzt worden. Im Kurland wurde Woldingen am 12. Februar früh von uns wiedererobert. Kowno ist in deutscher Hand.

Luftschiffverkehr. Die Zeppelinluftschiffwerften planen für den Hochsommer 1919 die Einrichtung des Luftverkehrs Berlin—Hamburg, wofür ein leichter Typ Zeppelinfahrzeuge gebaut wird.

Provinz Sachsen

Generalstreik im Braunkohlenrevier?

Zeitz, 14. Februar.

Wie uns aus Zeitz mitgeteilt wird, planen die Unabhängigen Sozialisten, sämtliche Bergarbeiter des mitteldeutschen Braunkohlenbezirks in den Generalstreik eintreten zu lassen, falls bis Sonntag abend die Reichsregierung nicht die vom Bezirksbergarbeiterrat am Oberbergamt erlassene Verfügung zu den bisher erlassenen Verordnungen der Reichs- und Staatsbehörden gewünschten Betriebsräten auf den Braunkohlenbergwerken anerkennen will.

Aus den uns zugegangenen Nachrichten soll dafür gesorgt sein, daß Militär zum Schutze der Werksanlagen auf den Bahnstrecken von Halle und Weimar nicht herangebracht werden kann. Außerdem sollen die Eisenbahnarbeiter sich den Wünschen der Bergarbeiter anschließen.

Sind diese Nachrichten, woran wir nach unserer Quelle nicht zu zweifeln vermögen, wahr, so sind sie ein einwandfreier Beweis für den grenzenlosen Terror, mit dem die Unabhängige Sozialdemokratie beabsichtigt, die Macht im Staate, die ihr durch den Ausfall der Wahl zur Nationalversammlung nicht geworden ist, an sich zu reißen, und das deutsche Wirtschaftsleben in ihrem Sinne zu leiten, d. h. nach russischem Muster zu verpfuschen.

*

— Gera, 12. Febr. (Der ehemalige Fürst von Reuß j. L.) ist mit Familie von Schloß Ebersdorf nach Schloß Osterstein hier übergesiedelt. Er hat sich bereit erklärt, sämtliche, die ihm gehören, für allgemeine Zwecke zur Verfügung zu stellen.

— Gotha, 13. Febr. (Schafweiden.) Die hiesige Handelskammer hat Verhandlungen mit der zuständigen Behörde eingeleitet, um eine bessere landwirtschaftliche Ausnutzung des großen Truppenübungsplatzes bei Ohrdruf im Interesse unseres Landes herbeizuführen. Es müssen zu diesem Zwecke die Verträge mit Winterberger Großgrundbesitzern gelöst werden.

— Eisenach, 12. Febr. (Grubenunfall.) In Unterbreisbach brach plötzlich ein großer Salzhalden der Gewerkschaft Sachsen-Weimar in sich zusammen und verschüttete mehrere in der Nähe beschäftigte Arbeiter. Der Fabrikarbeiter Klotzbach aus Sünna fand augenblicklich den Tod.

Kunst und Wissenschaft

— Dr. Albert Leitmann, Jena, ist in die an der Universität Jena neu errichtete außerordentliche Professur der deutschen Philologie berufen worden.

K. Prof. Theodor Hagen, der Senior der deutschen Landschaftsmaler und Mitbegründer der Weimarer Hochschule für bildende Künste, ist am 12. Februar in Weimar im Alter von 77 Jahren gestorben. 1842 zu Düsseldorf geboren, besuchte er die Akademie seiner Vaterstadt und wurde schließlich 1877 als Direktor der Kunstschule nach Weimar berufen. Seine bekanntesten Bilder sind „Sonnenuntergang am Siegtale" und „Frühlingswetter".

„H. Z."-Sportberichte

— Wackersportplatz (Radrennbahn). Morgen nachmittag 3 Uhr findet das gegen den H. F.-Kl. von 1896 fällige Verbandsspiel statt, ein Spiel, das von allen Anhängern und Angehörigen des Fußballsports mit großem Interesse erwartet wird. „96", bisher ungeschlagen, ist mit stärkster Mannschaft zur Stelle, um auch diesmal siegreich zu sein, während Wacker versuchen wird, die letzte Schlappe wieder auszugleichen. Die „Wackerelf" wird aus folgenden Spielern bestehen: Thurn, Belger, Mehling, Grüneberg, Rockmann, Winter, Galander, Nackwitz, Riemann, Brändtigam, Sachse, so daß mit einem recht interessanten Verlauf des Spieles gerechnet werden kann.

— Sportplatz Brandberge (Teutoniaplatz): H. F. C. Teutonia I gegen H. F. C. von 1910 I. Anfang 3 Uhr.

— H. F. C. von 1910 hält am kommenden Sonnabend, den 15. d. Mts., abends 8 Uhr, im Vereinslokal „Schweizerland" seine Monatsversammlung ab. Wegen der Dringlichkeit der Tagesordnung bitten wir alle Mitglieder um zahlreiches Erscheinen.

— Der Hallesche Fußballklub von 1896 verlor im Weltkriege 57 Mitglieder, darunter den als fünfzigen Ritter des Pour-le-Merite bekanntgewordenen Sturmtruppenführer Hans Markmann.

— Sportklub I—Askania I in Nietleben (Anfang 3 Uhr). Abfahrt 1 Uhr vom Heiteldeder Bahnhof.

Volkswirtschaft

Erhöhung der Wollpreise

Welche Folgen der unglückliche Waffenstillstand und die Blockade aller deutschen Häfen, sowie die übertriebenen Lohnforderungen aller Arbeiter in Industrie und Landwirtschaft haben, zeigt sich schon von Tag zu Tag mehr.

Zu den Rohprodukten, die im Inlande durch eine kurzsichtige Regierung und eine einflußreiche Vertretung der Importfirmen schon seit Jahren so zurückgegangen ist, daß heute nur noch ein geringer Prozentsatz im eigenen Lande selbst produziert wird, gehört die Wolle. Die Schafbestände Deutschlands sind in den Jahren von 1870—1913 und die folgenden Jahre durch eine weitere rücksichtslose Abschlachtung, selbst tragender junger Mutertiere, so zurückgegangen, daß man nun endlich noch in letzter Stunde einsieht, daß die Erzeugung von Schaffellen auf dem Rücken des eigenen Schafes doch viel lohnsteiger und wichtiger ist, als die Produktion des Schaffleisches selbst.

Wie wir hören, schweben zurzeit ernstliche Verhandlungen über eine angemessene Erhöhung der Wollpreise, die in Rücksicht auf die Erhaltung der nur noch geringen Schafbestände im Inlande auch für die Allgemeinheit von großer Wichtigkeit und zu begrüßen ist. Bei den bisher festgesetzten und geltenden Preisen für Rohwolle stellte sich der Meter fertiger, guter Winterkerrenstoff nach einem Bericht aus Fabrikantenkreisen seit der Beschlagnahmung auf etwa 30 Mk. Welcher Preis für einen fertigen Anzug hiernach noch berechtigt war, kann jeder sich einigermaßen überschlagen und ersehen, wo der Kettenhandel von der Verarbeitung des Stoffes bis zum fertigen Anzug im Kriege mehr verdient hat, als der Landwirt für das Rohprodukt der Wolle.

*

Erhöhung der Erzeugerpreise

In der Sitzung des Ständigen Ausschusses des Landeskulturrates für Sachsen in Dresden wurde beschlossen, dem Deutschen Landwirtschaftsrat gegenüber auf eine diesbezügliche Anfrage hegen der erneuten Preisfestsetzung für landwirtschaftliche Erzeugnisse sich gutachtlich dahin auszusprechen, daß für Getreide angesichts der hohen Lohnforderungen der Landarbeiter eine Preiserhöhung ins Auge zu fassen ist. Dringend erforderlich erscheine es, auf eine erneute Preisfestsetzung für Futterrüben, Zuckerrüben und Kartoffeln zuzukommen. Für Zuckerrüben habe eine wesentliche Preiserhöhung einzutreten, wenn nicht der Zuckerrübenbau noch weiter zurückgehen soll. Allerdings müsse auch eine entsprechende Erhöhung der Zuckerpreise erfolgen. Was die Kartoffel- und Futterrübenpreise anlangt, so müssen die gegenwärtigen Preise in anbetracht der bevorstehenden Erhöhung der Arbeitslöhne und der Bertgewerung der Betriebsmittel als unzulänglich angesehen werden, so daß eine Preiserhöhung unbedingt notwendig sei. — Der Landeskulturrat wird eine Eingabe des Landwirtschaftlichen Kreisvereins im Erzgebirge wegen der Erhöhung der Stroh- und Häckselpreise befürwortend an das Ministerium des Innern weitergeben und feinerseits noch den Antrag auf Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung dieser beiden Zuckerstoffe stellen.

*

Erzeuger-Richtpreise für Frühgemüse der Ernte 1919

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst, Verwaltungsabteilung, hat im „Reichsanzeiger" Nr. 31 Erzeugerrichtpreise für Frühgemüse bekannt gemacht. Diese Richtpreise dienen als Grundlage für die von den örtlichen Preiskommissionen aufzustellenden Höchstpreise. Sie geben den Anbauern Anhaltspunkte für deren mutmaßliche Höhe. Die Höchstpreise selbst können erst kurz vor der Ernte bestimmt und bekannt gemacht werden, damit das voraussichtliche Ernteergebnis und die Gestaltung der Löhne berücksichtigt werden kann.

Die Richtpreise beschränken sich in diesem Jahre auf Erbsen, Bohnen, rote Rüben und Karotten, Kohlrabi, Frühkohlrabi, Frühwirsing- und Frühkrotzkohl sowie Frühzwiebeln. Für Spargel, Rhabarber, Spinat, Meerrüben, Tomaten, Gurken und Kürbis werden in diesem Jahre keine Richtpreise festgesetzt. Besonders zu beachten ist, daß für kleine runde Karotten keine besonderen Höchstpreise mehr festgesetzt werden. Sie fallen unter den gleichen Preis wie rote Rüben und sämtliche Karotten. Diese Maßnahme erfolgt, weil der Anbau der kleinen runden Karotten mit Rücksicht auf den geringen Ertrag nicht unterstützt werden soll.

Für Frühobst werden in diesem Jahre weder Richt- noch Höchstpreise erlassen werden.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 14. Februar. An der Börse ging es heute ziemlich still her, da sich die Spekulation in Erwartung der bevorstehenden Veröffentlichung der Steuervorlagen weiterhin Zurückhaltung auferlegte. Sehr feste Haltung zeigte sich für alle internationalen Werte. So waren Orientbahn und Türkischer Tabak stärker, Prinz Heinrich mäßig gesteigert. Auch ausländische Rentenwerte mit Megilanern an der Spitze stellten sich zum Teil wesentlich höher. Auf den übrigen Gebieten war die Kursgestaltung hierdurch nicht beeinflußt, da besonders in Montanwerten, abgesehen von dem anfangs etwas festeren Gelsenkirchen, Verkaufsneigung vorherrschte, die sich später verstärkte und mit Verstaatlichungsabsichten der Kohlen- und Eisenwerke begründet wurde. Schiffahrtswerte waren zumeist unverändert. Etwas fester waren Hansa. Farbwerte, Elektrizitäts- und Rüstungswerte waren nahezu geschäftslos, mit Ausnahme von Daimler, die zu schwankenden Kursen lebhaft umgingen. Kriegsanleihen bröckelten im Kurse um Kleinigkeiten ab. Unverändert waren zumeist die alten heimischen Anleihen, etwas höher wurden österreichisch-ungarische Anleihen bewertet. Die zu Einheitskursen gehandelten Industriewerte waren, abgesehen von einzelnen stärkeren Erhöhungen, überwiegend schwächer, wie überhaupt die Börse in schwacher Verfassung war.

Produktenbericht.

Berlin, 14. Februar. Wenn sich auch bei vielen Landwirten die Druscharbeiten noch lange hinauszuschieben scheinen, so sind die Getreidezufuhren an die hiesigen Mühlen doch nicht unbeträchtlich, da in vielen Distrikten auf den Ausdrusch bis Mitte Februar gedrängt worden ist. Im hiesigen Verkehr mit Landesprodukten hat sich nichts verändert. Sämereien blieben allgemein knapp, die Tendenz daher nach wie vor fest. Namentlich für Serradella ist dies der Fall. Saatgetreide ist andauernd gesucht, aber nur schwer zu haben. Von Raufutter ist im freien Verkehr nur wenig zu sehen. Auch die Kommunen werden nur in ungureichendem Maße beliefert.

*

* **Eine neue Handwerksabteilung im Handelsministerium.** Im preußischen Handelsministerium ist eine besondere Abteilung für die Förderung des Handwerks eingerichtet worden, damit ist einem seit Jahren oft ausgesprochenen Wunsche der preußischen Handwerkskammern entsprochen worden. In diese neue Abteilung sind Vertreter des Handwerks und des Genossenschaftswesens als Hilfsarbeiter berufen worden.

* **Elektrizitätswerk Sachsen-Anhalt Akt.-Ges. — Landelektrizitäts-G. m. b. H. in Halle.** Die Zusammenfassung aller Elektrizitätswerke und Ueberlandzentralen der Provinz Sachsen durch das Elektrizitätswerk Sachsen-Anhalt Akt.-Ges. ist seiner Verwirklichung nahegerückt. Die dem Elektrizitätswerk Sachsen-Anhalt beigetretenen Elektrizitätsgenossenschaften haben sich nämlich unter dem Namen Landelektrizitäts-G. m. b. H. zu Halle noch enger als bisher vereinigt. Gesellschafter der Landelektrizität sind die sechs genossenschaftlichen Ueberlandzentralen Köthen, Bitterfeld, Derenburg, Gardelegen, Liebenwerda und Saalkreis-Bitterfeld sowie die Provinz, die Landwirtschaftskammer und der Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Die vier Kraftwerke Galpa, Gräbers, Nachterstedt und Harbke werden zu einem Hochspannungskraftring zusammengefaßt.

ss. **Ueber den sächsischen Kohlenmarkt** wird von sachmännischer Seite berichtet: Durch den Eintritt zahlreicherer Arbeitskräfte seitens des aus dem Felde zurückgekehrten Heeres hat sich zwar die Kohlenförderung bei den meisten Werken des Zwickauer und Lugau-Oelsnitzer Bezirks gehoben, die Erlangung derselben ist indeß fortgesetzt eine äußerst schwierige geblieben, da die Förderung von Steinkohlen, Koks und Steinkohlenbriketts durch die eingetretene Kälte eine wesentlich höhere war und die für staatliche und städtische Zwecke Bevorzugung genießen. Auch die im Januar bekanntgegebenen und bis zum 1. Januar rückwirkenden Preisaufschläge, die für 1a Hausbrandkohlen bis 188 Mark, für Briketts 164 Mk. ausmäßl. Kohlensteuer betragen, haben nicht den gewünschten abschreckenden Einfluß ausgeübt. Der hohe Preisstand ist ein noch nie dagewesener und wird sich in Anbetracht der hohen Löhne und des sonstigen hohen Materialaufwandes der Werke nicht sobald abschwächen. Die eben gemeldeten Preiserhöhungen differieren bei den Werken beider Reviere je nach Qualität nur um Kleinigkeiten. Für Braunkohlen und deren Briketts ist trotz kürzlichen Preisaufschlags ein neuer zu erwarten. Der im Januar im Zwickauer, Lugau-Oelsnitzer und Meuselwitzer Revier noch herrschende Wagenmangel ist neuerdings ziemlich vollständig beseitigt.

ss. **Rauchwaren-Zurichterei und Färberei, Aktiengesellschaft vorm. Louis Walters Nachfolger in Markranstädt.** Der Abschluß für das Ende Dezember abgelaufene Geschäftsjahr 1918 ergibt einen Reingewinn von 173 730 M. (876 765). Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der auf den 12. März einberufenen Hauptversammlung die Verteilung einer Dividende von 10 Prozent (i. V. 50 Proz.) vorzuschlagen.

* **Breslauer Spritzfabrik.** Die Dampfkornbrennerei und Preßhefefabrik Akt.-Ges. vormals Heinrich Helbing in Wandsbek-Hamburg und die mit ihr in Interessengemeinschaft stehenden Norddeutschen Spritwerke in Hamburg berufen nunmehr außerordentliche Generalversammlungen, um über die Fusion mit der Breslauer Spritzfabrik in Breslau Beschluß zu fassen.

Berliner Kursberichte

Eisenbahn-Aktien:		Felten u. Guilleaume	133,—
Halberstadt-Blankenb.	90,—	Gasmotoren Deutz	119,—
Halle-Hettstedter	77,50	Gebhardt u. Co.	221,—
Sehantungbahn	109,½	Gelsenkirch. Bergb.	150,—
Allg. Lokal-Str.	140,50	Glanziger Zuckerfbr.	280,—
Gr. Berl. Str.	121,—	Hallesche Masch.-Fabr.	222,—
Magdeburger Str.-B.	172,—	Hann. Masch.	165,50
Lux. Prinz Heinrich.-B.	161,½	Harpener Bergb.	140,—
Orientbahn	192,—	Hasper Eisen	190,—
Schiffahrts-Akt.:		Hirsch Kupfer	260,—
Hambg. Paketfahrt	82,50	Höchster Farbw.	225,—
Hambg.-Südamerika	—,—	Hoesch Eisen u. Stahl	109,½
Hansa-Dampfschiff	187,—	Hohenlohe-Werke	196,—
Nordd. Lloyd	9 50	Humboldt-Masch.	311,—
Banken:		Ilse-Bergbau	290,25
Bank für Thür.	140,—	Kahla-Porzellan	166,50
Berl. Handelsges.	154,50	Kaliw. Aschersleben	—,—
Comm u. Diskontobank	125,—	Körbisd. Zucker-Akt.	—,—
Darmstädter Bank	120,50	Kyffhäserhütte	116,25
Dess. Landesbank	—,—	Lahmeyer u. Co.	166,50
Deutsche Bank	211,—	Lauchhammer	186,—
Diskonto-Comm.	168,—	Laurahütte	308,—
Dresdner Bank	146,—	Linke u. Hofmann	238,—
Credit-Anst. Leipzig	150,—	Ludwig Loewe u. Co.	137,25
Mitteld. Kreditbank	122,50	Lothringer Hütte	135,—
Nationalbank	—,—	Mannesmannröhren	189,—
Oesterr. Kredit	—,—	Oberschl. Eisenb.-Bed.	137,25
Reichsbank	130,25	do. Caro Heg.	136,25
Industrie-Aktien:		do. Kokswerke	209,—
Schultheiss-Brauerei	244,—	Orenstein u. Koppel	154,25
Akt. f. Anilin	237,—	Phönix Bergb.	191,—
Allgem. Elektr.-Ges.	103,½	Rhein. Metall-Vorz.	98,—
Ammendorfer Papierf.	—,—	Rhein Stahlwerken	140,75
Anhalter Kohlenw.	180,—	Rubeck. Montan	190,—
Annaberger Steingut	172,25	Rombacher Hütten	151,25
Baischer Anilin	292,75	Rositzer Braunk.	120,—
Bergmann-Elekt.-Akt.	148,—	Rositzer Zucker	133,75
Berl. Masch.-Bau	225,½	Sangerhäuser Masch.	242,—
Bismarckhütte	190,25	Hugo Schneider u. Co.	213,—
Bochumer Gußstahl	189,½	Schuckert u. Co.	—,—
Chem. Fabrik Buckau	121,50	Siemens u. Halske	192,25
Chem. Freiberg	240,50	Stettiner Vulkan	145,75
Chem. v. Heyden	240,75	Stollberger Zinkh.	115,—
Consolidation Schalke	—,—	Strals. Spielkarten	215,—
Crölleitzer Papierfabr.	219,—	Thale-Eisenhütte	289,25
Daimler-Motoren	229,—	Triptis-Akt.-Ges.	182,—
Deutsch-Luxemburg	121,—	Türkischer Tabakregie	420,50
Deutsche Ueberseel.	138,50	Ver. Köln-Rottweiler	194,75
Deutsche Erdöl	251,50	Glanzstoff Elberf.	456,75
Deutsche Gasglühl.	330,—	Wegelin u. Hübner	160,—
Deutsche Kali	167,—	Wersch.-Weissenf. Brk.	—,—
Deutsche Waff. u. Mun.	180,75	Westeregeln-Alkali	217,—
Donnersmarkhütte	243,—	Wittener Gußstahl	156,75
Döring u. Lehrmann	89,50	Wrede-Mälzerei	113,—
Dürkoppwerke	338,—	Zeich.-Kriebitsch. Brk.	—,—
Elberfelder Farben	278,75	Zeitzer Masch.	292,—
		Zellstoff Waldhof	210,50
		Otavi-Minen	110,75

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191902151-19/fragment/page=0003

Große Wäsche im Soldatenrat

Die große Schiebung — „Hotel Metropol" — Kamerad Schwarz und sein Kabarett — Die Gelder der „Hochfinanz" — Sühne

Das große Reinemachen im Halleschen S.-Rat hat gestern nachmittag stattgefunden. Die Versammlung war sehr stark besucht, auf den Emporen drängten sich die Interessenten Kopf an Kopf, in den Ecken des Saales standen in Gruppen Gesandte des A.-Rates. Die Anwesenden kamen voll auf ihre Kosten. Es gab „Enthüllungen" verschiedenster Art, gab allerlei persönliche Spitzen und manche nicht unsensationelle Aufpeilung für Kenner. Die Luft war geladen, und obwohl die Debatten sich im ganzen in leidlichen Formen hielten, fehlte es doch nicht an Zärtlichkeiten und drastischen Unterbrechungen. Herr Adler leitete die Aufdeckung der großen Schiebung mit fürsichtigen Worten ein. Die ††† Hallesche Zeitung hat leider recht gehabt; die offiziellen Ziffern übersteigen die bisher mitgeteilten Daten noch erheblich. Na also! Außer Rosenberg sind Beilicke und Schnabel an der Affäre schwer beteiligt, sie beide weilen bereits „im Urlaub", fern von Madrid. Daß die peinliche Geschichte nicht die einzige ihrer Art sei, wurde mehrfach als anders als sanft bedeutet. Man wird ja vermutlich noch davon hören. Recht liebliche Zeitbilder entrollte der Eifer der Debatte aus dem Eldorado der S.-Rats-Matadore, dem Metropolhotel, Herrn Schwarzs und anderer gewählter Herrschaften Stammlokal; die Bürgerschaft hat die Genugtuung, daß ihr Geld für die teuren Möbel und die nicht eben billigen sackleinenen Hemden im Ort geblieben ist. Auch ein Trost. Auch die höchst verpönte „Hallesche Zeitung", die natürlich das ganze Süppchen eingerührt hat und die dabei selbstredend lediglich darauf aus war, dem gesamten S.-Rat eins auszuwischen, bekam einige Tritte ab; Herr Schwarz, der Vergnügungsonkel der Metropolrunde, will sogar Klage erheben. Glückauf, Herr Schwarz! Aber gürten Sie Ihre Lenden mit Kraft! Es könnte Ueberraschungen geben. — Mit Genugtuung kann jedoch festgestellt werden, daß auch andere Stimmen laut wurden, und denen die Einsicht dafür sprach, daß die hösen Vorkommnisse ein ernstes Wort in aller Oeffentlichkeit wohl wert waren. Und Summa Summarum ist zu berichten, daß der Ausgang der Aussprache das ergeben hat, worauf einzig die Veröffentlichungen der vielgescholtenen „Halleschen Zeitung" hinzielten: reinliche Scheidung zwischen den Missetätern und der großen Menge derer im S.-Rat, die auf Sauberkeit und Ehre halten.

*

Der Vorsitzende Plater bittet eingangs um Sachlichkeit in der Debatte; die Versammlung möge in unruhiger Stunde Würde beweisen. Dem Vorschlag wird aus der Versammlung erregt vorgeworfen, er beraume die Sitzungen zur ungeeigneten Tagungszeit an, weil er vorher seiner privaten Betätigung nachgehe. Zur Mitteilung, daß Vorstandsmitglied Adler sein Amt niederlegen wolle, werden mehrere Rufe laut: „Höchste Zeit!" Nach längerer lebhafter Debatte wird „der Fall Rosenberg" zum ersten Gegenstand der Tagesordnung bestimmt. Zunächst erhält Adler das Wort zur Darlegung der Vorkommnisse. Adler führt aus: Ein bedauerlicher Fall hat sich ereignet. Seit Wochen schon beobachte ich im „Metzliner Hof" verdächtige Telephongespräche usw. Es sind bedenklichen Personen Vollmachten zum Einkauf von Lebensmitteln und anderem ausgestellt worden. An und für sich ist das Geschäft mit dem Cöperstoff reell erledigt worden. Deleine und Buchungen sind in Ordnung, der Betrag ist von der Altbetriebsleitung hier dem Käufer ordnungsgemäß abgeführt worden. Aber neben diesem Geschäft sind Unregelmäßigkeiten geschehen. Die Kriminalpolizei hat auf eine Anzeige hin herausgebracht, daß Beamtenstellv. Rosenberg, ferner die Vorstandsmitglieder Schnabel und Beilicke durch Vermittlung eines Stadtreisenden namens Heber (?) heimlich größere Verkäufe an Privatpersonen bewerkstelligt haben. Es hat sich herausgestellt, daß rund

110 000 Mark Schmiergeld

bzw. unredlichen Gewinnes von den Genannten erzielt wurden. Rosenberg allein hat 44 000 Mk. Schmiergeld vereinnahmt. Rosenberg ist verhaftet, Beilicke und Schnabel, die je 14 000 Mk. einsteckten, haben sich „beurlaubt" und Halle verlassen. 4 Vorstandsmitglieder sollen im ganzen beteiligt sein. Die Banken sind benachrichtigt, das Geld ist zum Teil gesichert. Redner erinnert an den ähnlichen Fall Kießling. Es ist scheinbar noch mehr im Gange! Von gewisser Stelle scheinen Gelder ausgegeben zu werden, um Putschversuche zu inspirieren. Ich bin sofort bereit, zu gehen (Beifall); wenn ich es nicht eher tat, so geschah es, um mich vor falschem Verdacht zu sichern. — Vors. Adler weist darauf hin, daß bei den Verurteilungen weder die Reichsstelle noch der S.-Rat finanzielle Schädigung erlitten haben. (Die 110 000 Mk. sind demnach wohl eine wohltätige Stiftung? D. Red.) Weiter wird berichtet, daß die 20 000 Meter Leinen, die ursprünglich 1,50 Mk. kosteten, durch den Kettenhandel Rosenberg u. Co. — Heber auf 10 Mark Meterpreis hochgeschraubt wurden; ein gewisser Nischwitz hat 8 Mk. bezahlt und den Meter für 10 Mk. an Möbelgeschäfte weiterverhandelt. — Soldat Julius Burger bittet um Aufklärung, ob der Kasse des S.-Rates, wie die „Hallesche Zeitung" berichtete, durch das am Verkauf gewonnene Geld aufzuhelfen werden sollte. — Der Vorsitzende erklärt später, daß tatsächlich der reine Gewinn aus dem Cöperverkauf an die Altbetriebsleitung in die Kasse des S.-Rates abgeführt worden ist. — Soldat Groß bezeichnet die ganzen Vorfälle als „Schiebung en gros". Modernes Rußland! — Soldat Wolf: Die ganze schmutzige Wäsche" ist durch unvorsichtige Aeußerungen des Uffz. Schwarz in der Sitzung der S.-Räte in Magdeburg herausgekommen. (Vgl. unsere gestrige Abendausgabe. D. Red.) Der S.-Rat hatte keine Berechtigung, den Profit in seine Kasse zu tun. — Uffz. Schwarz bezeichnet — mehrfach laut unterbrochen — in lebhafter Weise den Standpunkt, der Erlös aus dem Geschäft sei dem S.-Rat von Rechts wegen nicht zu bestreiten: jeder Kaufmann habe Rechtsanspruch auf Gewinn. (Zurufe: Wir sind keine Kaufleute!) — Ueber die Frage wird später noch weiter debattiert. — Schwarz bemerkt weiter: Die ganze Sache war ein Einbruch in unser Vertrauen! und wendet sich dann erregt gegen die „Hallesche Zeitung". Das Blatt hätte die Pflicht gehabt, anstatt zu schreiben „Rosenberg und die andern" die Namen dieser andern zu nennen. So kam jedes unsaubere S.-Rats-Mitglied damit gemeint sein. (Die Ueberschrift „Kameraden Rosenberg" und die andern ist u. E. unmißverständlich; Rosenberg und die andern Schuldigen sind damit selbstredend gemeint. Die weiteren Namen sind uns erst kurz nach Redaktionsschluß einwandfrei bekannt geworden. D. Red.) Redner bemerkt, er werde die „Hall. Ztg." voraussichtlich verklagen und wendete sich dann gegen die Namhaftmachung des „Metropol-Hotels" in der Zeitung. Ich gehe dort selbst aus und ein (Zurufe: Schimm genug!), viele andere S.-Rats-Mitglieder ebensalls, und was sich dort zutrug, ist einwandfrei. — Diese Aeußerung gibt der Aussprache eine neue Wendung. Es traten verschiedene Redner auf, die über das Treiben im „Metropol-Hotel" sensationelle Aufschlüsse gaben. Soldat Jänicke berichtet: Rosenberg gab sich nicht noch ganz anderen Leuten ab als mit Heber; es werden noch verschiedene andere Dinge zum Vorschein kommen. Wenn man erst anfängt, darin zu wühlen, taucht die merkwürdigsten Geschichten auf. Es sind Angeichen dafür in Hülle und Fülle vorhanden. Zum Beispiel die Schlemmereien und Gelage

im Metropol-Hotel! Die Nächte durch

bis zum frühen Morgen haben dort S.-Rats-Mitglieder poliert. Betrunken sind sie herausgekommen so und so oft. Hohe Zechen sind gemacht worden mit Frauenzimmern. Im Engeren Rat ist häufig darüber gesprochen worden. Auch Ltn. Gruner (der frühere Vorsitzende) ist nicht rein! Er war einer der bekanntesten Lebemänner, die dort verkehrten. In den Sitzungen schlief er ein, weil er nachts mobil war. In solchen Ausgaben müssen andere Geldquellen vorhanden gewesen sein. Selbstverständlich ist jemand durch die erschienenen 90 000 Mk. Schmiergelder „geschädigt" worden, nämlich die Allgemeinheit, das Volk, wir selbst. — Adler bemerkt: Ich verbitte Kamerad Jänicke nicht, wie er so wenig diplomatisch sein kann. (Zurufe: Wir wollen Aufklärung! Weiter reden lassen!) Jänicke fährt fort: Die Herren haben wiederholt die Polizei herausgeworfen, wenn sie das Lokal schließen wollte: „Wir sind hier die Polizei!" Auch Schwarz, Beilicke, Schnabel verkehrten dort ständig. Eines Abends sollte Gruner festgelegt werden; er hatte von einem Gutsbesitzer in Teutschenthal 2000 Mk. erhalten, getraue sich aber nicht selbst auf die Bank und schickte eine dunkle Mittelsperson, einen gewissen Kunze; Meseberg weiß Bescheid. Aber Gruner machte, was er stets tat, er wickelte die andern durch seine Schauspielerei ein. Diese Schlemmerei ging den ganzen Dezember durch. Diejenigen vom S.-Rat, die im Gewerkschaftshaus für 2 Mk. aßen, wurden ausgelacht. Und gerade Gruner und die Metropolrunde hatte mit der Revolution nichts gemein. Es gibt weitere verdächtige Punkte genug. Woher stammen die geplanten Putsche? Die Spartakiden haben Geld dafür erhalten! — Der Vorsitzende bringt einen Antrag zu Gehör, der verlangt, daß jene im Saal erschienenen Mitglieder des A.-Rates die Versammlung verlassen; die Verhandlungen seien intern. Es entsteht hierüber Unruhe und Wortwechsel. Soldat Haring: Die Oeffentlichkeit soll nicht ausgeschlossen werden, sondern sich selbst ein Urteil bilden. Die Sache wäre schon eher entdeckt worden, wenn die Vorstandsmitglieder ihr Amt besser wahrgenommen hätten. — Weiter wird bemerkt, Schwarz sei stets im „Metropol-Hotel" dabei gewesen. Das „Metropol-Hotel" sei kein Platz für Revolutionäre.

Die Hallesche Zeitung hat ganz recht.

Die Trinkereien und Schmäuse gehören sich nicht. — Kilian vom A.-Rat ergreift das Wort: Der A.-Rat und seine Mitglieder sind an dieser Sache nicht beteiligt. Es waren stets Kräfte am Werke, A.- und S.-Rat zu spalten. Das Unglück war, daß wir einander zu wenig kontrollieren konnten. Der Krieg hat einen allgemeinen Niedergang der Moral gebracht. Das haben wir im Felde gelernt. Die Frage wegen der Unredlichkeiten im S.-Rat haben wir oft angeschnitten. Besonders auch im Falle Gruner. Wir haben uns stets hinter den Führern gedeckt. Der Fall mit dem Rittergutsbesitzer Wenzel ist damals nicht genügend untersucht worden. Wenn der Vorsitzende des S.-Rates moralisch nicht einwandfrei ist, wirkt sein Beispiel natürlich auch auf die Mitglieder entsprechend ein. Ueber das Treiben im „Metropol-Hotel" haben wir lebhafte Beschwerde erhalten. Auch gegen das Kabaret dort. — Redner bezeichnet, Beilicke habe ihm, Kilian, verhalten wollen, als seinergeit Liebknecht in Halle erwartet wurde. Beilicke war überhaupt die treibende Kraft gegen den A.-Rat. — Uffz. Freiling stellt einen Antrag, in dem die Verschuldungen aufs schärfste mißbilligt werden und schärfste Verurteilung der Schuldigen gefordert wird. — Uffz. Schwarz rechtfertigt sich. Ltn. Gruner und Ltn. Ferchlandt haben nächtliche Autovergnügungsfahrten nach Büschdorf u. a. O. unternommen. — Ltn. Ferchlandt: Das sind niederträchtige Verleumdungen. Auch die Märchen von meinen sonstigen Missetaten hier sind Lügen. Redner geht dann auf Einzelheiten ein. Die Matrosenkompagnie trifft keine der Beschuldigungen. Wie konnte Kam. Schwarz seine Würde soweit vergessen, daß er die Kulturveranstaltungen im „Metropol" arrangierte. Viele Kameraden haben dort Unsummen verbraucht. Es sind allerhand Summen zu noch ganz anderen Zwecken in Umlauf gesetzt worden. Es besteht auch hier in Halle bekanntlich ein Spartakusbund; die hiesige

Hochfinanz hat Spartakiden Geld geboten,

daß sie Putsche inszenieren. Ich lege mein Amt nieder, solange ich nicht des unbedingten Vertrauens der Versammlung gewiß bin. — Matrose Meseberg geht auf die Angelegenheit des Ltn. Gruner und der 2000 Mk. von Rittergutsbesitzer Wenzel ein; es habe sich um Löhnung kriegsgefangener Franzosen gehandelt. Meseberg kannte den näheren Zusammenhang nicht; Gruner habe ihm 100 Mk. geschenkt. Redner bemerkt zu den gestrigen Ausführungen der „Hall. Ztg.", die Matrosenkompagnie sei an den Schiebungen nicht beteiligt; es handle sich um andere Leute im Metropolrundum, u. a. um einen Chauffeur Schnabel. Wenn Schnabel, Gruners Chauffeur, aus der Schule plaudern könnte, dann würden die seltsamsten Dinge zum Vorschein kommen! — Die Aussprache geht weiter auf Einzelheiten ein; Platen, Stuß und Adler reden noch; dann führt Soldat Preuß (?) unter dem Beifall eines größeren Teils der Versammlung aus: Solange wir hier auf unserem Posten sind — es wird ja zwar nicht mehr lange sein (Zurufe: Doch!) — müssen wir unbedingt das tiefersitzende Vertrauen in den S.-Rat wieder aufrichten! Der Gewinn aus dem Verkauf des Leinens muß an das Reich abgegeben werden. Wollen wir ehrlich sein, so sind wir alle, die von diesem Gelde in der Kasse des S.-Rates etwas bekommen haben, und seien es nur die 5 Mark täglich für den Sicherheitsdienst, Mitschuldige an den Verfehlungen! (Beifall.) — Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. In der Abstimmung wird dem Engeren Ausschuß der Ausschluß von Uffz. Schwarz mit großer Mehrheit das Vertrauen der Versammlung ausgesprochen.

Konservativer Verein für Halle und den Saalkreis

In der am Dienstag abend im „Goldenen Schiffchen" abgehaltenen gut besuchten Versammlung wurden nach Begrüßung der Anwesenden die augenblicklich für unsere Stadt in den Vordergrund stehenden Stadtverordnetenwahlen zur Aussprache gestellt. Der Leiter des Abends wies in seinen einleitenden Ausführungen treffend nach, wie ungemein wichtig in jeder Beziehung, vor allem in finanzieller, es ist, daß jeder Wähler seine Schuldigkeit am 2. März durch Abgabe seines Stimmzettels tue, damit eine sozialistische Mehrheit im Stadtparlament auf alle Fälle vermieden werde. Was eine solche für den Wohlstand einer Stadt bedeutet, ist wohl jedem in den letzten Monaten der sozialistischen Herrschaft täglich zum Bewußtsein gekommen. In der sich anschließenden, sehr angeregten und interessanten Aussprache wurden von mehreren Seiten Wünsche bezüglich der Kandidation und der zum Teil schon bekanntgegebenen Wahlvorschläge laut, die ein anwesendes Vorstandsmitglied der Deutschnationalen Volkspartei, soweit es angängig und noch Zeit ist, dem Vorstand gern übermitteln wolle. Wie der Herr berichtete, seien auch zu dieser Wahl hinreichende Vorbereitungen getroffen, die, wenn alle Mitglieder und Freunde der Deutschnationalen Volkspartei ihre Pflicht tun, zu den besten Hoffnungen berechtigen. Zutreffend wurde von einem Herrn betont, daß es zweckmäßigsten gewesen wäre, bei diesen Wahlen die Politik gänzlich auszuschalten und nur als eine große geschlossene Bürgerpartei aufzutreten. Es sei dies leider von den freisinnigen Herren, die sich sofort der Deutschdemokratische Partei im Stadtparlament aufgetan hätten, unmöglich gemacht sei und diese in stark anmaßender und provokatorischer Weise ihre Hände auf die kommunalen Vereine gelegt hätten. Es sei Pflicht und Gebot, mit allen Mitteln dahin zu arbeiten, daß die Kandidaten der Deutschnationalen Volkspartei bei der Wahl gut abschnitten. Mit der freisinnigen Gefahr in Halle wurde im Rathaus muß gründlich Abrechnung gehalten werden. Da die Zeit ziemlich weit vorgerückt war, konnte leider in der Besprechung der bisherigen Tagung der Nationalversammlung in Weimar nicht eingetreten werden. Dies soll in der nächsten Versammlung am Dienstag, den 25. d. Mts. geschehen.

— **Kandidaten der Deutschen Volkspartei.** Die Deutsche Volkspartei Ortsgruppe Halle, hielt am 11. d. M. ihre Mitgliederversammlung im St. Nikolaus ab. Es wurde u. a. über die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen gesprochen und eine Kandidatenliste aufgestellt. Die Namen der ersten 12 Kandidaten sind: Geheimrat Dr. Flinger, Stadtverordneter; Handlungsgehilfe Robert Heidenreich; Oberingenieur Heine, Stadtverordneter; Kaufmann Zd. Wiedrich; Lehrerin Dora Küchenmeister; Friseurmeister Wilhelm Wengke; Kanzleibeamter Willy Weiß; Buchdruckereibesitzer Otto Gantz; Kaufmann Rudolf Weidegahl; Oberingenieur Schaffner Fritz Dietz; Oberingenieur Paul Jäger; Bahnbeamter Kurt Bretschneider.

— **Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten am** 17. Februar, nachm. 4 Uhr. Oeffentliche Sitzung: 1. Wahl von Beisitzern für die Stadtverordnetenwahl. 2. Wahl von Mitgliedern in den Schulausschuß für Lyzeum und Frauenschule. 3. Aufhebung von Schulklassen. 4. Haushaltsplan der Milchsiftung. 5. Abwahe von Fehmen. 6. Verlängerung eines Mietvertrages. 7. Desgl. 8. Desgl. 9. Veränderung der Dienstanweisung für Schulhausleute. 10. Gesuch der Schulhausleute um Aenderung ihres Dienstvertrages. — Nichtöffentliche Sitzung: 11. Schiedsmannswahlen. 12. Desgl.

— **Militär-Arbeitsnachweis Soldatenrat.** Der Soldatenrat bittet um Veröffentlichung folgender Zeilen: Die Arbeitgeber von Halle und Umgegend werden hiermit gebeten, bei eventuellem Bedarf an Handwerkern usw. beim Militär-Arbeitsnachweis Halle, „Wettiner Hof", Soldatenrat, anzuwenden. Da die Verringerung der bestehenden erheblichen Zahl der aus dem Heeresdienst entlassenen arbeitslosen Militärpersonen im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere aber zur Erhaltung von Ruhe und Ordnung, werden alle Interessenten hiermit ersucht, vorbeschriebenen Gebrauch beim Militär-Arbeitsnachweis zu machen.

— **Universitätsnachrichten.** Der langjährige Vertreter der pharmazeutischen Chemie an der Marburger Universität, Geh. Reg.-Rat Professor Dr. phil. Dr. med. Dr. Ing. ehr. Schmidt, tritt vom Lehramt zurück. Prof. Schmidt ist am 13. Juli 1845 zu Halle a. S. geboren. 1874 habilitierte sich Schmidt in Halle für Chemie, erhielt hier 1879 die Ernennung zum a. o. Professor und folgte 1884 einer Berufung nach Marburg.

— **Von der Universität.** Der Privatdozent in der hiesigen Medizinischen Fakultät, Oberarzt der inneren Abteilung Elisabeth-Krankenhauses, Professor Dr. Hugo Winternitz ist zum ordentlichen Honorarprofessor ernannt worden.

— **Mietwucher mit möblierten Zimmern.** Es wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß nach Verordnung vom 2. Januar 1919 jeder Vermieter dem städtischen Wohnungsamt, Gr. Ulrichstraße 11, unverzüglich Anzeige zu erstatten muß, wenn er eine Wohnung an einen neuen Mieter oder höheren Mietpreis vermietet als der alte Mieter gezahlt hat. Dies gilt auch für die Vermietung möblierter Zimmer. Vermieter, die die Anzeige unterlassen oder wollen sie schleunigst nachholen, um der Bestrafung zu entgehen. Ebenso werden, um dem Mietwucher mit möblierten Zimmern wirksam begegnen zu können, Untermieter, die eine angemessene Steigerung ihrer Miete, insbesondere auch im Hinblick auf bereits von Vermieter selbst an den Hauseigentümer zugahlenden Mehrpreis erfahren, aufgefordert, sachdienliche Mitteilungen an das Wohnungsamt gelangen zu lassen.

— **Unsere Töchter und ihr Berufe.** Am Montag, den 17. Februar, abends 8 Uhr sprechen in der Aula der Oberrealschule Stadtarzt Prof. v. Drigalski und in der Aula des Reform-Real-Gymnasiums, Friesenstraße, Stadtschulrat Dr. Lerch über die Gefahren, die unseren Frauen, in erster Linie unseren Töchtern, drohen. Zutritt haben nur weibliche Hörer, Mädchen vom vollendeten 16. Lebensjahre ab.

— **Wem ist Geflügel und ein Schwein gestohlen?** Einer Hehlerei dringend verdächtigen Person sind nachstehend aufgeführte geschlachtete Tiere abgenommen worden: 1 Mastschwein, das lebend etwa 75 Pfund gewogen haben mag, 4 schwarze Hühner mit Fahrringen (Schlangenringe, weiß), 1 weißes Huhn mit wenigen schwarzen Federn und gelben Füßen ohne Fahrring; 1 rebhuhnfarbiges Huhn ohne Fahrring, 1 braungesprenkelter Hahn mit weißer hoher Halskrause, ohne Fahrring, und 2 weiße Gänse. Außerdem sind noch ziemlich viele Kaninchenfelle gefunden worden. Die Tiere dürften in der Umgegend gestohlen sein. Angaben an die Kriminalpolizei, Dessauerstraße 4, Zimmer 37/38.

*

— **Hausmusik des 18. Jahrhunderts.** Das 8. Konzert des Händel-Vereins (18. Februar, abends ½8 Uhr in der Aula der Universität) läßt mit Cembalovorträgen und einem Liederreigen Klassischer und vorklassischer Meister den intimen Reiz, die feine, delikate Kunst der Rokokomusik erstehen. Zweifellos wird es auch hiesige musikalische Kreise interessieren, Werke eines Bach, Händel, Scarlatti stilgemäß auf dem Instrument erklingen zu hören, für das sie geschrieben wurden, umsomehr, als Frau Wanda Landowska Meisterin außerordentlichen Rufes auf dem Klavichord ist. Auch Frau Rose Walter-Berlin wird mit dem Liebreiz ihrer Stimme in den, meist ernsten, einen heiteren Ton gestimmten Liedern den Zauber einer liebenswürdigen Musika vergangener Zeiten erschließen. — Karten in der Hofmusikalienhandlung Reinhold Koch.

— **Literarische Gesellschaft.** Julius Bab spricht am Donnerstag, den 20. Februar, um ½8 Uhr abends in der „Loge zu den 5 Türmen" über das Thema „Der geistige Arbeiter in der Wirtschaftsgeschichte". Vorverkauf der Karten am 17. und 18. an Mitglieder gegen Ausweis, für Nichtmitglieder am 19. und 20. bei Hothan.

— **Der 2. volkstümliche Kammermusik-Abend des Schachbeck-Quartetts** beginnt heute bereits um ½8 Uhr.

Verantwortlich: Helmut Böttcher.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191902151-19/fragment/page=0004